Vierteljahrshefte
zur Wirtschaftsforschung
78 (2009), 2, S. 18–31

Die Jahre 1989 und 1990: Das wirtschaftliche Desaster der DDR – schleichender Niedergang und Schocktherapie

von Karl Brenke

Zusammenfassung: Die Wirtschaft der DDR war eine Ökonomie des Mangels. Im Jahr 1989 stand sie nicht weit vom Abgrund entfernt – paradoxerweise deshalb, weil die DDR über ihre Verhältnisse gelebt hatte. Im Zentrum der Politik stand über viele Jahre die konsumtive Verwendung der Wirtschaftsleistung; der Konsum wuchs schneller als die Wirtschaftsleistung, so dass die Investitionen immer stärker zurückblieben und von der Substanz gezehrt wurde. Wie sich anhand verschiedener Quellen zeigen lässt, hatte entgegen weit verbreiteter Ansicht die DDR zur Zeit des Mauerfalls noch nicht eine so Auslandsverschuldung, dass sie als bankrott zu bezeichnen war. Allerdings glaubten das auch die in der Wendezeit rasch wechselnden Staats- und Parteiführungen – ein weiteres Paradoxon. Durch enorme Abwanderungen in den Westen drohte eine völlige Destabilisierung der DDR-Wirtschaft, und in der DDR wurde vermehrt nach der Einführung der D-Mark verlangt, weil sich davon die Bürger mehr Kaufkraft und Wohlstand erhofften. Um die Abwanderungen zu begrenzen, war die Einführung einer Währungsunion politisch unvermeidlich. Ökonomisch war sie allerdings eine Katastrophe, denn über Nacht sahen sich die DDR-Betriebe aufgrund des drastisch veränderten Wechselkurses Wettbewerbsbedingungen gegenüber, denen sie gewachsen war. Die Produktion brach massiv ein, und die Unterbeschäftigung stieg trotz massiver Hilfen seitens der Bundesrepublik rasant an. Wiederum rangierte der private Verbrauch vor der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Ein Prozess wie in den anderen Ostblockstaaten, in dem schrittweise die Wettbewerbsfähigkeit erhöht wurde, war nicht möglich. Auf dem Gebiet der DDR musste nach dem Anpassungsschock in kurzer Zeit eine weitgehend neue wirtschaftliche Basis geschaffen werden.

1 Die SED und die ökonomische Bankrotterklärung der DDR im Herbst 1989

Vor nunmehr 20 Jahren geriet die DDR aus den Fugen. Im Mai 1989 gab es Kommunalwahlen, und die verkündeten Ergebnisse waren die Üblichen: Angeblich hätten die Stimmberechtigten zu knapp 100 Prozent die Kandidaten der SED und der mit ihr verbündeten Blockparteien unterstützt. Rasch kam allerdings der Verdacht der Manipulation auf, denn viele Wähler fanden sich in den Wahlergebnissen nicht wieder. Angesichts der – im Nachhinein bestätigten – Wahlfälschungen wurde mehr und mehr klar, dass die DDR-Führung nicht bereit war, dem Glasnost-Kurs der den Ostblock beherrschenden Macht – der Sowjetunion – zu folgen, auf den viele Bürger ihre Hoffnungen gesetzt hatten. Im Herbst des Jahres spitzte sich die Lage dramatisch zu, als es zu den Besetzungen der Botschaften der Bundesrepublik in Warschau und in Prag kam. Den Besetzern wurde dann die Ausreise in den Westen zugestanden. Auf den Bahnhöfen, auf denen ihre Züge durchfuhren, kam es

JEL Classifications: N11, P36
Keywords: East Germany, economic transition, German monetary union

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.78.2.18 | Generated at 80.187.74.120 on 2026-11-09 09:11:16
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

zu Demonstrationen. Und gerade zu jener Zeit weilte Michail Gorbatschow, Generalsekretär der KPdSU, in der DDR – eingeladen, um den Festivitäten zum 40. Jahrestag der Gründung des „ersten sozialistischen deutschen" Staates Glanz zu verleihen. Stattdessen goss er Öl ins Feuer, indem er verkündete: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben." Das trug dazu bei, dass der Widerstand gegen die staatlichen Apparate der DDR wuchs. Dann öffnete Ungarn die Grenzen für die dort wartenden und nach dem Westen strebenden DDR-Bürger. Zwischen Ostsee und Erzgebirge kam es zu immer mehr anschwellenden Massendemonstrationen. Die DDR wurde von den eigenen Bürgern aus den Angeln gehoben. Der Fall der Mauer war dann die zwangsläufige Folge. Der „real existierende Sozialismus auf deutschem Boden" hatte sich somit politisch aufgelöst.

Zu dem politischen Aufbegehren hat gewiss eine wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die ökonomische Lage beigetragen. Denn es war für die Bürger der DDR offensichtlich, dass sie in einer Mangelwirtschaft lebten. Das Angebot an Konsumgütern wurde angesichts steigender Löhne und vor allem wegen der über das Fernsehen vermittelten Eindrücke zunehmend als unzureichend angesehen, zudem war es für die Werktätigen immer deutlicher sichtbar, dass zunehmend von der Substanz gezehrt wurde, da nötige Investitionen in den Betrieben unterblieben. Der Führungszirkel der SED – das Politbüro – hätte es genau wissen können, denn ihm wurden Daten über wachsende wirtschaftliche Probleme immer wieder einmal vorgelegt. Aber dort wurde die Realität jahrelang einfach ausgeblendet, und warnende Stimmen etwa von der staatlichen Plankommission, anderen Stellen oder von den Leitungen einzelner Kombinate wurden ignoriert.[1]

In den stürmischen Tagen im Herbst 1989 kam es nach der Absetzung Honeckers und seiner engsten Gefolgsleute im erweiterten Führungskreis der SED – dem Zentralkomitee (ZK) – zu einer Generalabrechnung mit der alten Garde. Bei dessen rasch aufeinander folgenden Sitzungen rückte immer mehr die wirtschaftliche Lage in den Vordergrund. Von den Experten wurde in internen Papieren und Diskussionsbeiträgen die DDR als ökonomisch bankrott bezeichnet. Sie sei gegenüber dem Westen hoffnungslos überschuldet – und zwar in Höhe von 20 Milliarden US-Dollar, ein angesichts der derzeitigen Finanzkrise lächerlicher Betrag. Um die Schulden nicht weiter anwachsen zu lassen, wäre eine enorme Steigerung der Exporte nötig gewesen; die Exportüberschüsse hätten von wenigen hundert Millionen 1989 bis zum Jahr 1995 auf reichlich 11 Milliarden Valuta-Mark[2] angehoben werden müssen. Das sei unmöglich zu schaffen:

> „Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 Prozent erfordern und die DDR unregierbar machen. Selbst wenn das der Bevölkerung zugemutet würde, ist das erforderliche exportfähige Endprodukt in dieser Größenordnung nicht aufzubringen" (Schürer et al. 1998:).

Es wurden deshalb von den in die ökonomische Lage eingeweihten Experten grundlegende Wirtschaftsreformen ins Auge gefasst, die insbesondere enge Kooperationen mit Unternehmen aus dem Westen vorsahen.

1 So wurde der engere Kreis des Politbüros der SED am 16. Mai 1989 von der staatlichen Plankommission darüber informiert, „dass die Westverschuldung der DDR monatlich um 500 Millionen DM zunähme und bei Fortsetzung dieser Politik die DDR 1991 zahlungsunfähig ist" (Hertle und Stephan 1999: 43). Vgl. an früheren Warnungen auch König und Schalck (1987).
2 Dabei handelt es sich um eine interne Recheneinheit der DDR für den Export ins westliche Ausland, die sich an der D-Mark orientierte.

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.78.2.18 | Generated at 80.187.74.120 on 2026-11-09 09:11:16
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

Die Debatten innerhalb des Zentralkomitees der SED rissen die meist alt gedienten Parteimitglieder, die bisher an den immerwährenden Fortschritt des Sozialismus glaubten, aus ihrer Traumwelt. Und bei einzelnen fielen die Reaktionen heftig aus:

> „Ich bin dafür […], wir haben im Staatsrat die Todesstrafe aufgehoben, ich bin dafür, dass wir sie wieder einführen, und dass wir die alle standrechtlich erschießen, die unsere Partei in eine solche Schmach gebracht haben, dass die ganze Welt vor einem großen, solchen Skandal steht, den sie noch niemals gesehen hat" (Protokolle in Hertle und Stephan 1999: 469 – Wortbeitrag Quandt).

2 Die DDR hatte aber über ihre Verhältnisse gelebt

Tatsächlich wurde, wie spätere Analysen zeigten, bei der Auslandsverschuldung – insbesondere bei den Zinszahlungen – die Situation schlechter dargestellt, als sie tatsächlich im Herbst 1989 war. Das lag zum einen daran, dass die für die Wirtschaft Verantwortlichen offenbar nicht über zuverlässige Daten verfügten. So meldeten die Finanzinstitutionen den Planungsinstanzen überhöhte Zinszahlungen an das NSW-Ausland (Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet). Hintergrund war die Liquiditätskrise Anfang der 80er Jahre. Um eine Wiederholung zu vermeiden, wurden in den Büchern Liquiditätspolster geschaffen; zudem sollten die politischen Entscheidungsträger von Maßnahmen abgehalten werden, die die Zahlungsbilanz weiter belasteten. Entsprechend gingen die Planbehörden von einem weit überhöhten Schuldendienst aus (Deutsche Bundesbank 1999: 44). Und weil ab 1987 die Leistungsbilanz – bei der fünf Jahre zuvor Überschüsse erzielt wurden – immer mehr ins Minus rutschte, mussten die Planungsinstanzen einen wirtschaftlichen Kollaps erwarten. Zum anderen wurde im Herbst 1989 das Zentralkommitee belogen, da aus Gründen strengster Geheimhaltung Vermögen ins ausland nicht offengelegt wurde (Enquetekommission 1999 – Wortbeitrag Schürer). Tatsächlich war die DDR 1989 nicht bankrott. Dafür spricht auch, dass sie auf den internationalen Finanzmärkten höhere Kredite als je zuvor aufnehmen konnte. Kurzum: Die DDR war im Jahr 1989 nicht zahlungsunfähig, wie danach oft behauptet wurde (vergleiche DIW, IfW und IWH 1999).

Wenn auch damals die DDR wirtschaftlich noch nicht im Abgrund lag, so war sie doch nicht weit davon entfernt. So zeigten sich gravierende strukturelle Disparitäten. Zentral war, dass die DDR-Bevölkerung über ihre Verhältnisse gelebt hat. Denn der Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung, das heißt die für den Konsum innerhalb der DDR bestimmten Waren, wuchs stärker (im Zeitraum von 1985 bis 1989: +4,0 Prozent jährlich) als die Wirtschaftsleistung (+3,6 Prozent jährlich), und noch schneller als die Konsumgüter wuchsen die Pro-Kopf-Realeinkommen (+4,5 Prozent), sodass sich immer mehr ein Kaufkraftüberhang aufbaute (Schürer et al. 1998). Und dieser zwang immer mehr zur Ausweitung des Konsumgüterangebotes. So wurde den Industriebetrieben beziehungsweise -kombinaten vorgegeben, dass mindestens ein bestimmter Prozentsatz ihrer Produktion auf Konsumgüter entfallen müsse – egal, ob das zu ihrer Produktpalette sowie zu ihren Produktionskapazitäten passte oder nicht. Dadurch entstanden zwangsläufig Ineffizienzen. Zudem meinte man, dass sich der Sozialismus durch Preisstabilität beziehungsweise nur mäßige Preisanhebungen auszeichnen müsse. Um die Preise bei vielen Konsumgütern weitgehend konstant zu halten oder sie nur nach Plan steigen zu lassen, wurden Subventionen eingesetzt. Sie sind

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.78.2.18 | Generated at 80.187.74.120 on 2026-11-09 09:11:16
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

> „von 8 Milliarden (Mark der DDR) 1970 auf die gigantische Größe von 58 Milliarden 1989 gestiegen sind. Es entstanden […] Disproportionen, die zur Störung der Verflechtung der Volkswirtschaft geführt haben. Die Zuliefererindustrie blieb zurück, ganze Zweige veralteten, wurden nicht modernisiert, und es entstanden auch gesellschaftliche Störungen, weil sich die Werktätigen nicht mehr mit dem Plan identifiziert haben" (Protokolle 1998: 386 – Wortbeitrag Schürer).

Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt der DDR belief sich im Jahr 1988 auf 346 Milliarden Mark der DDR.

War unter Ulbricht die – nicht besonders erfolgreiche – Wirtschaftspolitik der DDR noch vorrangig auf eine Erhöhung der Investitionsquote ausgerichtet, insbesondere bei den als wichtig angesehenen wirtschaftlichen Aktivitäten, kam es auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 zu einem Wechsel in der politischen Orientierung. Unter Honecker sollte mehr in zurückgebliebene Wirtschaftszweige sowie in die Infrastruktur investiert werden. Vor allem aber sollte

> „der Anteil der Investitionen am im Inland verwendeten Nationaleinkommen nicht weiter steigen und [es sollten] die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung stärker berücksichtigt werden" (DIW 1984: 44).

Erklärtes Ziel wurde die „Einheit von „Wirtschafts- und Sozialpolitik". Dabei wurde darauf gesetzt, sich über vermehrte Exporte in das „Nichtsozialistische westliche Ausland" die Mittel dafür zu verschaffen, um Investitionsgüter zur Modernisierung der Volkswirtschaft kaufen zu können. Allerdings war die Praxis recht bald eine andere, denn es wurden vor allem Rohstoffe, Vorprodukte und landwirtschaftliche Erzeugnisse gekauft (DIW 1984: 45). Und weil die Exporterlöse nicht ausreichten, wurden auch Kredite aufgenommen. Auf den Sitzungen des ZK der SED im Herbst 1989 wurde rückblickend konstatiert:

> „Ein bedeutender Teil [der kreditfinanzierten Importe, KB] davon ist produktiv und langfristig angelegt. Das sind Kredite, die wir aufgenommen haben für den Import modernster Ausrüstungen […] Aber ein zweiter Teil – und das ist der größere Teil von beiden […] sind Getreideimporte. Die importiert man, und im nächsten Jahr sind sie weg. Das sind Importe, die zum Teil […] über Subventionen weglaufen" (Protokolle in Hertle und Stephan 1999: 388 – Wortbeitrag Schürer).

Damit einhergehend nahm der Anteil der Investitionen an der Wirtschaftsleistung immer mehr ab – und dabei insbesondere der Anteil der Investitionen außerhalb des faktisch zur Konsumption zählenden Wohnungsbaus:

> „Die Auswirkungen des Rückgangs der Akkumulationsrate von 29 Prozent im Jahre 1970 auf 21 Prozent laut Plan 1989, die ausschließlich zu Lasten der produzierenden Bereiche gegangen ist, sind schwerwiegender als bisher eingeschätzt. Die Rate der Akkumulation für produktive Investitionen ging von 16,1 Prozent 1970 auf 9,9 Prozent 1988 zurück. Der Anteil der Akkumulation in den nichtproduzierenden Bereichen einschließlich Wohnungsbau ist seit den 70er Jahren mit einem Anteil von etwa 9 Prozent gleich geblieben" (Schürer et al. 1998).

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.78.2.18 | Generated at 80.187.74.120 on 2026-11-09 09:11:16
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

Dabei ist zu bedenken, dass qua staatlicher Lenkung ein enormer Anteil der Investitionen in die Mikroelektronik floss, weil man sie – durchaus zu Recht – als Schlüsseltechnik ansah. Andere Sektoren der produzierenden Wirtschaft wurden umso mehr vernachlässigt. Bloß war die DDR bei der Produktion von mikroelektronischen Elementen international mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit weit abgeschlagen:

> „Genossen, der Speicherschaltkreis 64 Kilobit, unsere Hauptproduktion gegenwärtig, der Betriebspreis 40 Mark, der Weltmarktpreis eine Mark bis eine Mark fünfzig; der Speicherschaltkreis 256 Kilobit, das ist der, der jetzt groß angekündigt in die Produktion gegangen ist, der kostet bei uns – reine Kosten – 534 Mark; der Weltmarkpreis beträgt gegenwärtig vier bis fünf Valuta-Mark […] Die Stützung allein bei diesem Schaltkreis pro Stück 517 Mark und bei dem 64-Schaltkreis 40 Mark" (Protokolle in Hertle uns Stephan 1999: 392 – Wortbeitrag Jarowinsky).

Aber es war nicht nur die Mikroelektronik, bei der die DDR hinterherhinkte, sondern es waren auch eher einfache Produkte:

> „Und Genossen […] was wir für den Export für Möbel bekommen, für Schlafzimmer zum Beispiel 19 Pfennige pro eine Mark […] Hunderte und Dutzende solcher Fragen, die nicht öffentlich diskutiert worden sind" (ebenda).

Zur übermäßigen Orientierung auf den Konsum kam also eine zu geringe Wettbewerbsfähigkeit hinzu. Die nachlassende Wettbewerbsfähigkeit zeigte sich auch in der DDR-internen Rechnungsstellung der Valuta-Mark: Galten im Jahr 1980 noch 2,4 Mark der DDR zu 1 DM, so waren es 1989 4,3 zu 1.[3]

Bei einer Beurteilung der Wirtschaftspolitik der DDR ist allerdings zu bedenken, dass sie zum einen erheblich von den Veränderungen weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen – insbesondere der Rohölpreise – getroffen wurde. So hat sie wie die westlichen Staaten unter den beiden Ölpreiskrisen gelitten, denn der das Rohöl liefernde „große Bruder", die Sowjetunion, hat sich bei Lieferungen in die befreundeten Staaten an den Weltmarktpreisen orientiert. In der ersten Hälfte der 80er Jahre begann die DDR damit, ihre eigene Energienutzung mehr und mehr von Öl auf Braunkohle umzustellen und mit veredelten Produkten auf Basis importierten Rohöls (und anderer Rohstoffe) insbesondere die Bundesrepublik zu beliefern. Das Konzept ging eine Zeit lang – bei allerdings unzureichender Investitionstätigkeit – auch auf, denn es wurden Überschüsse im Handel mit dem NSW-Ausland erzielt. Ab 1987 war es dann mit den Preissteigerungen bei den Rohstoffen, also auch bei veredelten Ölprodukten vorbei; die Preise sanken. Dann litt die DDR unter dem Preisverfall von Ölerzeugnissen. Zum anderen musste die DDR auf die eigene Entwicklung der Mikroelektronik setzen, denn auf Initiative der Reagan-Administration gab es ein Handelsembargo des Westens gegenüber dem Ostblock bei Hightechgütern. Ohne die Mikroelektronik wäre die DDR bei höherwertigen Exportgütern im Wettbewerb immer weiter zurückgefallen. Was hätte es beispielsweise genützt, wenn man mit Blick auf die Mechanik bei Druckmaschinen durchaus führend gewesen war, aber die immer mehr im Westen nachgefragten Druckmaschinen mit elektronischen Steuerungen nicht hätte liefern

3 Autoren, die die DDR-Wirtschaft in einem günstigen Licht darstellen, sehen in der starken Veränderung des Aufwand-Ertrags-Verhältnisses eine der wichtigsten Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR. Vgl. Mai (2006). Dabei wird aber verkannt, dass die Veränderung nur der Ausdruck eines Problems ist: der nachlassenden Wettbewerbsfähigkeit.

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.78.2.18 | Generated at 80.187.74.120 on 2026-11-09 09:11:16
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

können? Gleichwohl bleibt, dass die Doktrin von der „Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ immer mehr hin zum Sozialen verschoben wurde, sich der innere Führungskreis der SED angesichts der vermeintlichen sozialen Errungenschaften zurücklehnte und die wirtschaftlichen Probleme einfach nicht wahrnehmen wollte.

In der Wissenschaft ist die Meinung ziemlich eindeutig. Die DDR hat eine „substanzverzehrende Sozialpolitik“ (Hübner 1998: 74) betrieben. Sie hat also übermäßig, da der Wirtschaftleistung nicht entsprechend, konsumiert.[4] Oder, wie die langjährige Leiter der Staatlichen Plankommission der DDR ausführte, war die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik „von Beginn an widersprüchlich und trug den Keim der Pleite in sich“ (Schürer et al. 1998: 151).

3 Vom Mauerfall zur Währungsunion: Stürmische Monate

Nach dem Fall der Mauer nannte sich die SED um und versuchte qua Wirtschaftsreformen die DDR zu erneuern. Die SED/PDS setzte auf eine Kooperation mit der Bundesrepublik – auf betrieblicher Ebene etwa in Form von Joint Ventures auf staatlicher Ebene wurden von der Bundesregierung Kreditzusagen erbeten, die aber verwehrt wurden. Der Winter 1989/1990 war die Zeit der „Runden Tische“, in denen versucht wurde, den autoritären Strukturen der SED-Herrschaft neue politische Konzepte entgegen zu setzen. In Anbetracht des politischen Umbruchs hatten wirtschaftliche Fragen einige wochen lang eher einen nachrangigen Stellenwert. Es ging um die Aufarbeitung des Unrechts in der DDR und vor allem um deren politische Erneuerung. Man hielt an einer eigenständigen DDR fest, allenfalls wurde damals an eine Konföderation mit der BRD gedacht, wie sie die Bundesregierung bereits im Oktober 1989 ins Spiel gebracht hatte.[5]

Allerdings fand eine Abstimmung mit den Füßen statt. Im Herbst 1989 setzte ein Strom Auswanderern aus der DDR ein. Schon im Oktober kamen – insbesondere über die ungarisch-österreichische Grenze – Zehntausende. Mit dem Fall der Mauer waren es im November dann 70 000 gemäß Statistik der DDR – tatsächlich dürften es aber weit mehr gewesen sein, denn es gab für viele keinen Anlass sich ordnungsgemäß bei den zuständigen Ämtern abzumelden. Im Dezember gingen die Abwanderungen laut DDR-Statistik zurück – schwollen im Januar 1990 dann aber wieder an. Zum einen handelte es sich dabei um sozial schwache Personen, die kamen, um die Sozialleistungen des Westens, die ihnen einen höheren Lebensstandard als in der DDR verschafften, in Anspruch nehmen zu können. Der damalige Kanzlerkandidat der SPD in spe, Oscar Lafontaine, sah in den Zuwanderungen eine Überlastung des bundesdeutschen Sozialsystems und forderte deshalb, den Personen aus der DDR keine Sozialleistungen zu zahlen – was faktisch auf eine Aufgabe des Prinzips der gemeinsamen deutschen Staatsbürgerschaft von Bundesbürgern und DDR-Bürgern hinauslief (Seibel 2005: 58). Aber viele Personen, die in die Bundesre-

4 Manche Autoren folgen dieser These nicht. So verweist Schmidt (2004: 121 f.) darauf, dass die Sozialleistungsquote (Anteil der Sozialtransfers an der Wirtschaftsleistung) der DDR im internationalen Vergleich nicht besonders hoch gewesen sei. Diese Kennziffer ist aber unzulänglich, da die Subventionen zur Preisstützung außen vor bleiben.

5 Damals gab es zum Teil ziemlich wirre Ansichten. So trat im Januar 1990 eine hochrangige Delegation der DDR – allesamt SED/PDS-Kader – an das DIW heran, um auszuloten, ob es nicht möglich wäre, das Pendeln von Arbeitskräften aus der DDR nach West-Berlin oder in grenznahe Gebiete des Bundesgebietes in „geregelte“ Bahnen zu lenken, sodass die Pendler zwar einen Teil der im Westen erzielten Löhne in Form der D-Mark behalten könnten, aber einen Teil ihrer Einkünfte an den Grenzübergangsstellen in Mark der DDR umzutauschen hätten. Vgl. Brenke et al. (1990).

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.78.2.18 | Generated at 80.187.74.120 on 2026-11-09 09:11:16
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

Tabelle 1

Nettolöhne der Arbeiter und Angestellten in der DDR im 1. Halbjahr 1990

	1. Quartal 1990	2. Quartal 1990	Veränderung in Prozent
Land- und Forstwirtschaft	1 032	1 184	14,7
Industrie[1]	1 089	1 205	10,7
Bauwirtschaft	1114	1 229	10,3
Handel	941	1 113	18,3
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	1 225	1 320	7,8
Sonstige Prod. Bereiche[2]	1 134	1 266	11,6
Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, Geld- und Kreditwesen	1 003	1 196	19,2
Wissenschaft, Bildung, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen	1 127	1 290	14,5
Staatliche Verwaltung	1 193	1 242	4,1
Insgesamt	1 093	1 224	12,0

1 Einschließlich Bergbau sowie Energieversorgung und Wasserwirtschaft.
2 Dabei handelt es sich insbesondere um produktionsnahe Dienste.

Quellen: Statistisches Amt der DDR, eigene Berechnungen.

Tabelle 2

Verfügbares Einkommen, deren Verwendung und Verbraucherpreisentwicklung in der DDR beziehungsweise den neuen Bundesländern[1]

	Verfügbares Einkommen und dessen Verwendung bei einem Haushalt von Arbeitern und Angestellten mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern[2]			Index der Entwicklung der Lebenshaltungskosten aller Haushalte (1989=100)
	Haushalts-Nettoeinkommen[3]	Verbrauch[3]	Ersparnisse[3]	
Jahr 1989	2 318	2 022	295	100,0
April 1990	2 414	2 096	317	
Mai 1990	2 559	2 186	373	98,3
Juni 1990	3 128	1 893	1 235	87,9
1. Halbjahr 1990	2 656	2 094	562	
Juli 1990	2 328	2 543	–216	94,5
August 1990	2 554	2 805	–252	94,9
September 1990	2 649	2 291	358	96,6
Oktober 1990	2 868	2 444	424	98,2
November 1990	2 935	2 579	356	98,1
Dezember 1990	3 127	2 718	409	99,1
2. Halbjahr 1990	2 743	2 564	180	

1 Einschließlich Berlin-Ost. 2 Ohne Haushalte mit Arbeitslosen.
3 Bis Juni 1990: Mark der DDR, ab Juli 1990: D-Mark.

Quellen: Statistisches Amt der DDR, Gemeinsames statistisches Amt der neuen Bundesländer.

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.78.2.18 | Generated at 80.187.74.120 on 2026-11-09 09:11:16
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

publik kamen, waren jung, und viele waren gut qualifiziert. Die DDR lief Gefahr, dass ihr durch die Abwanderungen zunehmend das Humankapital verloren ging.

Und es änderten sich zum Frühjahr 1990 hin die Parolen bei den anhaltenden Demonstrationen: Statt „Wir sind das Volk" hieß es immer mehr „Wir sind ein Volk". Und bei der Forderung nach nationaler Einheit wurde vermehrt auch nach mehr Wohlstand verlangt – Symbol dafür war die D-Mark, nach deren Einführung zunehmend gerufen wurde. Die DDR lief immer mehr aus dem Ruder. Eine Währungsunion hatte bereits im Februar Bundeskanzler Kohl angeregt, was ihm Kritik seitens der Wissenschaft (etwa des Sachverständigenrates) sowie der Bundesbank eintrug. Bei der Volkskammerwahl im März 1990 siegten dann die der christlichen Union der Bundesrepublik nahe stehenden Parteien, die sich „Wohlstand für alle" und „Blühende Landschaften" auf ihre Fahnen geschrieben hatten. In froher Erwartung, dass die Versprechen eintreten werden, ebbte die Abwanderungswelle ab. Die Bundesregierung stützte dann die DDR finanziell. Im April 1990 wurden die Löhne kräftig angehoben – im Durchschnitt um ein Achtel (Tabelle 1). Höhere Löhne wurden wegen höherer Preise gefordert und auch umgesetzt. Tatsächlich waren die Verbraucherpreise aber gesunken (Tabelle 2). Insbesondere galt das für Waren, die in der DDR Luxus waren, sowie für langlebige Konsumgüter (wie für Kaffee, Süßwaren, Schuhe, Bekleidung). Diese waren an den westlichen Preis-Einkommens-Relationen gemessen in der DDR überteuert, und die DDR-Bürger konnten vergleichen, und auch in der Bundesrepublik sowie in West-Berlin einkaufen.[6]

4 Die Währungsunion: Eine unvermeidliche Katastrophe

Die Gespräche über eine Währungsunion wurden nach der Volkskammerwahl intensiviert. Im Mai wurde dann zwischen den beiden deutschen Staaten ein Vertrag über Währungs-, Wirtschafts- und die Sozialunion geschlossen. Debatten gab es über den Umstellungskurs bei den Sparguthaben, den Schulden insbesondere der Betriebe sowie bei den Löhnen. Vor allem wurde kritisiert, dass eine Währungsunion – zumal bei den ins Auge gefassten Umrechnungskursen – ökonomisch eine Katastrophe auslöst. Solche Ratschläge wurden in den Wind geschlagen. Und als Mitte Mai 1990 klar wurde, dass eine Währungsunion alsbald Wirklichkeit werden würde, hat deren prominentester Kritiker – der damalige Bundesbankpräsident Pohl – seinen Rücktritt erklärt. Am 1. Juli 1990 trat dann die Union in Kraft.

Die Ersparnisse der Haushalte der DDR-Bürger wurden bis zu einer gewissen Obergrenze im Verhältnis 1 zu 1 umgetauscht;[7] für Guthaben und Bargeldvermögen darüber hinaus waren es 2 zu 1 (Mark der DDR zu DM). Weil es in der DDR einen Kaufkraftüberhang gab, kamen bei dem Umtausch beträchtliche Beträge zusammen. Insgesamt erhielten die Bürger der DDR auf diesem Wege 140 Milliarden DM – wovon 120 Milliarden auf den Umtausch von Sparkonten und weitere 20 Milliarden auf den Umtausch von Bargeldgut-

6 Dabei speiste sich die Kaufkraft zum Teil aus eigenen Ersparnissen, die zu Schwarzmarktpreisen – bei Umtauschrelationen von bis zu 1 zu 10 (DM zu Mark der DDR)- umgetauscht wurden; vor allem aber wurde das von der Bundesrepublik angebotene „Begrüßungsgeld" verwendet. Pro Jahr und je Person konnten Bürger der DDR 100 DM Begrüßungsgeld erhalten, wenn sie in die Bundesrepublik und in West-Berlin einreisten. Weil es zur damaligen Zeit keine hinreichenden Prüfungen darüber gab, ob diese Gelder bereits in Anspruch genommen worden waren, waren mehrfache Auszahlungen wahrscheinlich nicht selten. Daten über die ausgezahlten Summen gibt es nicht.

7 Die Obergrenze variierte nach dem Alter. Bis zum 14. Lebensjahr waren es 2 000 Mark, vom 15. bis zum 59. Lebensjahr 4 000 Mark, und bei Älteren waren es 6 000 Mark.

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.78.2.18 | Generated at 80.187.74.120 on 2026-11-09 09:11:16
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

haben entfielen. Im Schnitt waren es pro Person etwa 8 500 DM. Im Kern war das weitgehend ein Geschenk, denn letztlich bemisst sich die Währung einer Volkswirtschaft – in Relation zu anderen Währungen – an deren Leistungsfähigkeit. Und diese hängt wiederum – neben dem Humankapital – von deren Kapitalstock ab. Und in der DDR waren indes – jedenfalls an den Maßstäben der Bundesrepublik, mit der eine Währungsunion eingegangen wurde – sowohl Infrastruktur wie Produktionsanlagen weitgehend verschlissen.

> „Und dennoch wurden die Sparguthaben günstig umgetauscht. Von der wirtschaftlichen Substanz her war das nicht gerechtfertigt" (Pohl et al. 1990).

Die Bürger der DDR konnten sich also freuen; und am 1. Juli 1990 standen sie in langen Schlangen vor den Sparkassen und der Post, um an die heiß begehrte D-Mark heranzukommen, sodass sie endlich die über lange Zeit aufgestauten Konsumwünsche befriedigen konnten. Allerdings wendeten sie sich bei ihren Käufen von in heimischer Produktion hergestellten Erzeugnissen ab und orientierten sich an „Westprodukten", was die DDR-Betriebe noch mehr belastete. Und gekauft wurde im Sommer 1990 vermehrt vornehmlich im Westen beziehungsweise im Versandhandel. Der Einzelhandel in der DDR hatte eher wenig davon – das gilt jedenfalls für den traditionellen Einzelhandel dort. Allerdings erweiterte sich das Einzelhandelsangebot zwischen Ostsee und Erzgebirge in kurzer Zeit enorm: Weil fliegende Händler aus dem Westen kamen und insbesondere, weil die großen bundesdeutschen Einzelhandelsunternehmen von dort versuchten, den neuen Absatzmarkt rasch zu erschließen – sei es mit Zelten oder anderen Provisorien. Der Kaufrausch hielt allerdings nicht lange an, denn bereits im September wurde angesichts der Unsicherheiten mit Blick auf die Arbeitsplätze vermehrt gespart.

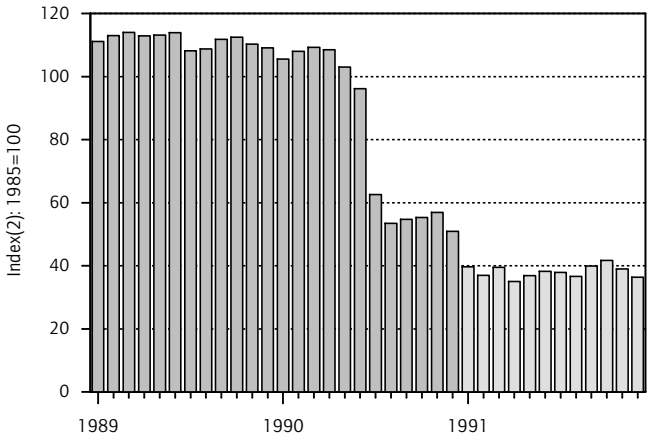
Zugleich wurden die Löhne im Verhältnis 1 zu 1 umgetauscht. Die Folgen für die Produktionsbetriebe waren verheerend. Die schon zuvor rückläufige Wirtschaftsleistung brach ab Anfang Juli massiv ein. Betroffen von der Währungsumstellung waren vor allem jene Wirtschaftsbereiche, die der überregionalen Konkurrenz ausgesetzt waren. Das war insbesondere die Industrie. Innerhalb weniger Wochen sank die Industrieproduktion nach der Währungsunion um etwa die Hälfte (Abbildung 1). Das war voraussehbar; denn sie brachte eine massive Aufwertung mit sich. Galten zuvor noch DDR-interne Verrechnungseinheiten für die DDR-Betriebe, wurden diese in der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1990 Makulatur. Statt etwa eines Kurses von 4,3 Mark der DDR zu DM beim Güteraustausch mit der Bundesrepublik galt plötzlich 1 zu 1. Keine Volkswirtschaft hätte das überstanden. Um es an einem Beispiel simplifizierend zu demonstrieren: Damals kostete in der BRD ein Kleinwagen etwa 10 000 DM. Aber wer hätte ihn – im hier fiktiven Fall – am nächsten Tag auf weitgehend offenen Märkten noch für 40000 DM gekauft? Und es war nicht nur die vom Export in den Westen abhängige Industrie, die in Schwierigkeiten geriet, wie mitunter behauptet wird (Sinn und Sinn 1991: 46 ff.), sondern auch die Hersteller von Waren für den Inlandsmarkt. Sie litten ebenfalls darunter, dass die DDR-Bürger auf Erzeugnisse aus dem Westen umgeschwenkten – zum Teil, weil sie tatsächlich qualitativ hochwertiger waren, zum Teil aber auch nur deshalb, weil ihnen in der Wahrnehmung das Image des Neuen, des nur vermeintlich besseren „Westproduktes" anhaftete.

Probleme gab es aber nicht nur in der Industrie, sondern auch in anderen Wirtschaftszweigen. Mit dem Produktionsrückgang in der Industrie sank auch die Nachfrage nach Energie, was den Kraftwerken und dem Bergbau zu schaffen machte. Und weil die Volkswirtschaftspläne nicht mehr galten, kam auch die Bauproduktion ins Stocken. Den Kriti-

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.78.2.18 | Generated at 80.187.74.120 on 2026-11-09 09:11:16
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

Abbildung 1

Entwicklung der Industrieproduktion[1] in der DDR beziehungsweise in Ostdeutschland



1 **Bis Dezember 1990 Index der industriellen Warenproduktion, ab Januar 1991 Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe.**
2 **Index 1985 = 100; der Index der Nettorproduktion für das Verarbeitende Gewerbe wurde auf den Index der industriellen Warenproduktion umgerechnet.**

Quellen: Statistisches Amt der DDR, Gemeinsames statistisches Amt der neuen Bundesländer, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

kern der Währungsunion wurde also schon kurze Zeit später der empirische Beweis dafür geliefert, dass sie Recht hatten.

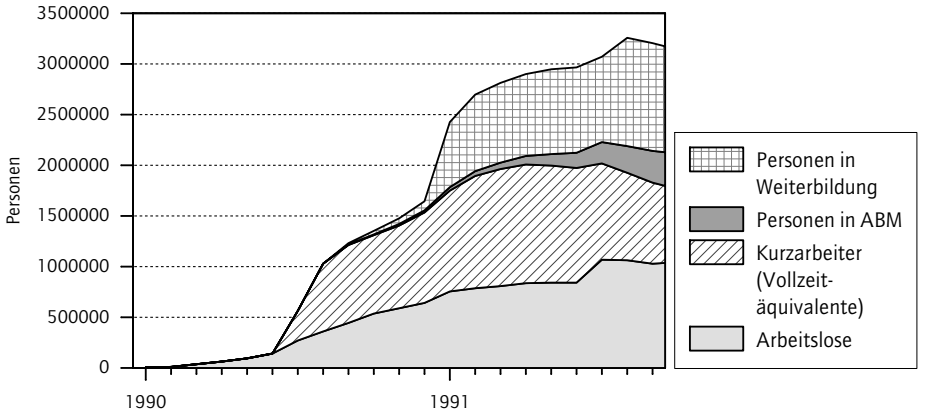
In der zweiten Jahreshälfte 1990 gab es eine Diskussion darüber, ob die Währungsumstellung die DDR-Betriebe nicht vielleicht übermäßig belasten würde, weil dadurch deren Altschulden im Verhältnis 2 zu 1 umgetauscht worden waren. In der Zeit gleich nach der Währungsunion, als noch die Vorstellung verbreitet war, dass sich rasch private Investoren für die Übernahme finden würden, war die Kritik berechtigt, denn bei der Privatisierung sollten diese die Altschulden übernehmen. Aber die Altschuldenfrage wurde rasch immer weniger relevant, als sich zeigte, dass die Privatisierung schleppender als gedacht vorankam. Um private Investoren zu finden, musste man ihnen Zugeständnisse beim Kaufpreis machen. Nicht umsonst hat die Treuhandanstalt, der die Privatisierung der ehemals staatseigenen Betriebe oblag, ihre Tätigkeit Ende 1994 mit einem Minus von 240 Milliarden DM abgeschlossen.

Mit den Produktionseinbrüchen stieg die Unterbeschäftigung rasant an. Noch stärker als die Arbeitslosigkeit nahm die Zahl der Kurzarbeiter zu (Abbildung 2). Nicht wenige Kurzarbeiter hatten überhaupt nichts zu tun. Kurzarbeit hatte das Ziel, das Personal in den Betrieben zu halten, bis sich ein Investor für eine Privatisierung findet. Zudem sind Personen, die das gesetzliche Renteneintrittalter erreicht hatten, in der DDR aber wegen des angeblichen Arbeitskräftemangels noch erwerbstätig waren, entlassen worden. Des Weiteren wurde in starkem Maße auf Frühverrentung gesetzt. Instrumente wie berufliche Umschulung und Weiterbildung sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kamen 1990 indes kaum zum Einsatz. Das lag auch daran, dass für ihre Planung und Konzeptualisierung

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.78.2.18 | Generated at 80.187.74.120 on 2026-11-09 09:11:16
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

Abbildung 2

Arbeitslose und Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in der DDR beziehungsweise in Ostdeutschland



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Amt der DDR, eigene Berechnungen.

ein zeitlicher Vorlauf nötig ist. Ab Anfang 1991 wurden solche Maßnahmen massiv ausgeweitet.

Angesichts der Misere hätte in der zweiten Jahreshälfte 1990 eigentlich jegliche Bemühung darauf ausgerichtet sein müssen, den Druck von den Betrieben zu nehmen. So weit es für die Regierungen möglich war, wurde das auch getan. Weil wegen des allgemeinen politischen Umbruchs im Ostblock auch weitgehend der Export dorthin zusammenzubrechen drohte, wurden die DDR-Hersteller dadurch gestützt, dass ihnen bis Ende 1990 die Vergünstigung eingeräumt wurde, ihre Erzeugnisse trotz der Währungsumstellung weiterhin auf Basis des Transferrubels in der sich auflösenden Sowjetunion abzusetzen. Dadurch wurde im zweiten Halbjahr 1990 mehr dorthin exportiert, als es jemals zu DDR-Zeiten der Fall war. Das sagt jedenfalls die Statistik. Allerdings waren die Lieferungen kaum zu kontrollieren, und im Nachhinein zeigte sich, dass der Verrechnungsmodus auch missbraucht wurde.[8] Noch viel wichtiger war, dass die Industriebetriebe im Osten von der Treuhandanstalt massiv mit Liquidität versorgt wurden, um sie am Leben zu halten. Eine weitere Hilfe war die faktische Lohnkostenentlastung durch Kurzarbeit.

Im Vordergrund des Interesses in der DDR-Bevölkerung stand damals trotz des dramatischen Produktionseinbruchs nicht die Frage der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Betriebe, sondern die möglichst rasche Anpassung der Einkommen der Bürger der DDR an das „Westniveau“. Und so wurden dann ab der zweiten Jahreshälfte 1990 bis insbesondere zum Sommer 1991 Tarifvereinbarungen durchgeführt, die fast durchweg auf eine möglichst rasche Lohnanpassung zwischen Ost und West ausgerichtet waren. Entsprechend kamen starke Lohnanhebungen zustande. Vorreiter war die Metallindustrie, die für die Metall- und Elektroindustrie in Sachsen eine Angleichung an das bayrische Niveau bis Anfang 1994 vereinbart hatte. Demnach hätten die Tariflöhne innerhalb von

8 Manche sprechen sogar davon, dass die Transferrubelgeschäfte der Modellfall der Vereinigungskriminalität war. Vgl. *www.strafrecht-online.org/index.php?scr=udb_view&udb_id=57*

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.78.2.18 | Generated at 80.187.74.120 on 2026-11-09 09:11:16
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

drei Jahren um mehr als 100 Prozent steigen müssen.[9] Solche Lohnvereinbarungen waren leicht zu erzielen, da alle Verhandlungsteilnehmer ähnliche Interessen hatten. Denn den Gewerkschaften, die naturgemäß hohe Löhne wollten, saßen Funktionäre der Arbeitgeberverbände aus dem Westen sowie Betriebsleiter der volkseigenen Betriebe gegenüber. Die Verbandsfunktionäre waren deshalb nicht gegen höhere Löhne, damit die DDR-Betriebe ihren Mitgliedsfirmen im Westen schwer Konkurrenz machen konnten. Die Betriebsleiter wollten das auch, da sie sich als alte Kader bei ihren Belegschaften nicht noch unbeliebter machen wollten; sie mussten damals ziemlich um ihr Beschäftigungsverhältnis bangen. Natürlich war den Tarifpartnern angesichts der starken Produktionsrückgänge bewusst, dass hohe Lohnabschlüsse den wirtschaftlichen Neuaufbau behindern. Die gewerkschaftliche Position war:

> „Eine strikte Ausrichtung der künftigen Einkommenssteigerungen an der Produktivität würde bei dem gegebenen niedrigen Ausgangsniveau bedeuten, dass sich die vollständige Lohnangleichung über einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren erstreckt. Das ist weder ökonomisch sinnvoll noch sozial durchhaltbar […] Je stärker und länger das Tarifniveau dem Produktivitätsniveau vorauseilt, um so größer müssen die ausgleichenden Maßnahmen sein, wenn Konsequenzen für das Beschäftigungsniveau vermieden werden sollen. Praktisch heißt das: Es werden Überbrückungszahlungen notwendig, zum Beispiel in Form von Lohnsubventionen […]" (Bispinck 1991: 572 f.).

Das heißt nichts anderes, als dass der Staat für die vereinbarten Lohnsteigerungen aufkommen solle – ein typisches Moral-hazard-Phänomen.

Aber nicht nur bei den Löhnen ging es um eine rasche Anpassung an das Einkommensniveau der Bundesrepublik, sondern auch bei den Sozialleistungen. Bei den Verhandlungen über den deutschen Einigungsvertrag wurde den DDR-Bürgern eine weitgehende Anpassung an das Leistungsniveau der Bundesrepublik zugesagt. Das galt für die Arbeitslosenunterstützung, die Sozialhilfe und – mit gewissen Abschlägen – für die Rentenzahlungen.

5 Fazit

Die DDR war vor 20 Jahren politisch am Ende und geriet auch wirtschaftlich immer mehr ins Schlingern, wenngleich sie zur Zeit des Mauerfalls keineswegs bankrott war. Sie hatte über ihre Verhältnisse gelebt; durch die übermäßige Ausrichtung an sozialen Leistungen und am Konsum hat sie ihre wirtschaftliche Basis mehr und mehr aufgezehrt.

Die Währungsunion gab der DDR-Wirtschaft den Todesstoß. Aber was war die Alternative? Gewiss wäre ein Prozess, wie er in anderen ehemaligen RGW-Staaten stattfand, ökonomisch sinnvoller gewesen, wo man versuchen musste, unter dem Schutzschirm des Wechselkurses qua Privatisierung der staatlichen Betriebe und über eine schrittweise Steigerung der Produktivität sich mehr und mehr an das Leistungsniveau des Westens heranzuarbeiten. Ein solcher Weg war allerdings beschwerlicher, und mitunter mussten die Bürger erhebliche Belastungen hinnehmen. Beispielsweise kam es nach dem Umbruch in Polen zu einer Hyperinflation, durch die zwei Drittel der Ersparnisse der privaten Haus-

9 Der Abschluss in der Metallindustrie von 1990 wurde aber in den nächsten Jahren aufgehoben, weil er mit der Realität nicht in Einklang zu bringen war – nicht zuletzt wegen der Tarifflucht von Unternehmen.

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.78.2.18 | Generated at 80.187.74.120 on 2026-11-09 09:11:16
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

halte aufgezehrt wurde. Gleichwohl kam es dort nicht zu politischen Aufständen, weil – so Szomburg (2000) – bei den Bürgern dort die errungene politische Freiheit im Vordergrund stand und zunächst nicht so sehr die materiellen Lebensbedingungen; in der DDR sei die Rangfolge eine andere gewesen. Aber immerhin kam es in den mittel- und osteuropäischen Staaten zu einem Reformprozess aus eigener Kraft heraus mit durchaus beachtlichen Wachstumsraten bei der Wirtschaftsleistung.

Im Falle der DDR kam es dagegen zu einem Schock, der bei den Bürgern dort mit einer enormen Wohlstandsvermehrung einherging, aber zu einem weitgehenden Zusammenbruch der Wirtschaft führte. Seitens der Bundesregierung konnte man aber kaum etwas anderes machen. Anders als mitunter behauptet (etwa Hoffmann 1993: 25 ff.) war die Alternative nur, mit Versprechungen und massiven finanziellen Anreizen die DDR-Bürger zum Verbleib zwischen Ostsee und Erzgebirge zu veranlassen. Oder man hätte in der Bundesrepublik enorme Einwanderungsströme mit nicht zu kalkulierenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen gehabt, was den wirtschaftlichen Niedergang der DDR beschleunigt, weitere Abwanderungen von dort zur Folge gehabt hätte und auch die „alte“ Bundesrepublik politisch destabilisiert hätte. Um aus diesem Teufelskreis heraus zu kommen, wäre nur geblieben, die Mauer wieder aufzurichten und sie vom Westen aus bewachen zu lassen – was politisch jenseits allen Vorstellungsvermögens lag.

Die Politik war also weitgehend gefesselt. Allerdings hätte man seitens der Politik die Erwartungen der DDR-Bürger etwas dämpfen können und ihnen nicht Versprechungen über eine rasche Angleichung der Einkommen an das Westniveau machen müssen, die sich, wie sich später herausstellte, auch nicht erfüllen ließen. Überdies gibt es gar kein „Westniveau“, sondern die Einkommen innerhalb der alten Bundesländer variieren erheblich zwischen einzelnen Regionen je nach der Wirtschaftskraft.

Bei einer nicht so starken Ausrichtung auf die Einkommensangleichung wäre wohl auch die Lohnpolitik in der Zeit gleich nach der Vereinigung moderater gewesen. Schon die Umstellung der Löhne bei der Währungsunion im Verhältnis 1 zu 1 war ökonomisch nicht vertretbar. Bei einem deutlich niedrigeren Umrechnungskurs hätten allerdings die Arbeitnehmer Reallohnverluste hinnehmen müssen, weil ab Juli 1989 auch bei den Kosten für die Lebenshaltung die D-Mark galt. Viel Spielraum war bei der Umstellung der Löhne deshalb nicht. Allerdings waren die darauffolgenden enorm starken Lohnanhebungen kontraproduktiv und verschafften den Arbeitnehmern trotz deutlicher Preissteigerungen, die auch durch den Abbau von Subventionen (insbesondere bei den Mieten) zustande kamen, starke Reallohngewinne. Bloß konnten sich die Unternehmen die starken Lohnsteigerungen nicht leisten. Manche Altbetriebe begingen Tarifflucht, und die allermeisten neu gegründeten traten den tariffähigen Arbeitgeberverbänden erst gar nicht bei. Es fand eine massenhafte Abkehr von der kollektiven Lohnfindung statt. Die Arbeitgeberverbände wurden immer unbedeutender, und für die Gewerkschaften erwiesen sich die hohen Lohnabschlüsse in der Wendezeit als ein Pyrrhussieg. Es setzten sich mehr und mehr die selbst regulierenden Mechanismen auf dem Arbeitsmarkt durch.

Literaturverzeichnis

Bispinck, Reinhard (1991): Die Gratwanderung: Tarifpolitik in den neuen Bundesländern. *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Nr. 12.

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.78.2.18 | Generated at 80.187.74.120 on 2026-11-09 09:11:16
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

Blum, Ulrich (1990): Honeckers langer Schatten oder die aktuelle Wirtschaftsschwäche Ostdeutschlands. *Wirtschaft im Wandel*, Nr. 4.

Brenke, Karl, Volker Meinhardt, Frank Stille, Joachim Volz und Gert Wagner (1990): *Auswirkungen der innerdeutschen Grenzen auf den bundesrepublikanischen Arbeitsmarkt*. DIW Diskussionspapiere 5. Berlin.

Deutsche Bundesbank (1999): *Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989*. Frankfurt a. M.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (1984): *Handbuch DDR-Wirtschaft*. Reinbek.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft, Institut für Wirtschaftsforschung Halle (DIW, IfW, IWH) (1991): *Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsforschritte in Ostdeutschland*. Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 346/347.

Enquete-Kommission *Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit* (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages) (1999): Materialien. Bd. 3: Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Baden-Baden, Frankfurt a. M.

Hertle, Hans-Hermann und Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.) (1999): *Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees*. Protokolle des ZK der SED. Berlin.

Hoffmann, Lutz (1993): *Warten auf den Aufschwung – eine ostdeutsche Bilanz*. Regensburg.

Hübner, Peter (1998): Industrielle Manager in der SBZ/DDR. Sozial- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte. *Geschichte und Gesellschaft*, Nr. 24.

König, Herta und Alexander Schalck (1987): Standpunkt zur voraussichtlichen Entwicklung der Zahlungsbilanz NSW 1988 bis 1990 und der NSW-Verschuldung, vom 16.10.1987, Papier für Günter Mittag (als Manuskript vervielfältigt).

Mai, Karl (2006): Für eine objektive Aufarbeitung der DDR-Geschichte: War die DDR bankrott und total marode? – Fiktion und Wirklichkeit 1989. (Als Manuskript vervielfältigt im Rahmen der Memorandumgruppe der Universität Bremen. Download unter: *www.memo.uni-bremen.de/docs/m2706b.pdf*

Pohl, Reinhard, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener (1990): Gesamtwirtschaftliche Ausrichtung der deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion auf die Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse einer ökonometrischen Simulationsanalyse. *Wochenbericht des DIW Berlin*, Nr. 20/1990.

Schmidt, Manfred G. (2004): *Sozialpolitik der DDR*. Wiesbaden.

Schürer, Gerhard, Gerhard Beil, Alexander Schalck, Ernst Höfner und Arno Donda (1998): Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen. Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 27. 10. 1989. U. a. in: Hans-Hermann Hertle, Martin Junkernheinrich, Willy Koch und Günter Nooke (Hrsg.): *Vom Ende der DDR-Wirtschaft zum Neubeginn in den ostdeutschen Bundesländern*. Hannover.

Seibel, Wolfgang (2005): *Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000*. Frankfurt a. M.

Sinn, Gerlinde und Hans-Werner Sinn (1991): *Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung*. Tübingen.

Szomburg, Jan (2001): *Ostdeutschland – Polen. Zwei Transformationsansätze – zwei Entwicklungswege*. Sonderheft des IWH, Nr. 2.

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.78.2.18 | Generated at 80.187.74.120 on 2026-11-09 09:11:16
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH